

INTERNATIONAL

6 LATEINAMERIKA:
AUFSTAND IN DER KRISE

BRD

8 KOPFTUCHVERBOT? – RELI-
GIONSFREIHEIT À LA BRD

FRAUEN

10 FÜR DAS RECHT AUF
ABTREIBUNG!

BERLIN

12 AUSBEUTUNG IN DER
ERDBEERE

BADEN-WÜRTTEMBERG

15 „VERWEILVERBOTE“
UND SPERRZONEN

BREMEN

16 ÄRZTEMANGEL IN
BREMERHAVEN

NORDRHEIN-WESTFALEN

18 ARMER NORDEN –
REICHER SÜDEN IM POTT

HAMBURG

20 KRANKENHAUS UMGEHT
PERSONALSCHLÜSSEL

KULTUR

22 DIE MÄRCHEN VON HEUTE

INHALT

- 4 BILD DES MONATS**
- 6 INTERNATIONAL**
- 8 BRD**

- 10 FRAUEN**
- 12 BERLIN**

- 15 BADEN-WÜRTTEMBERG**
- 16 BREMEN**
- 18 NORDRHEIN-WESTFALEN**

- 20 HAMBURG**

- 22 KULTUR**

**„MAMÁS PRIMERA LÍNEA“
LATEINAMERIKA: AUFSTAND IN DER KRISE
KOPFTUCHVERBOT? –
„RELIGIONSFREIHEIT“ À LA BRD
FÜR DAS RECHT AUF ABTREIBUNG!
KARLS ERDBEERHOF:
AUSBEUTUNG IN DER ERDBEERE
„VERWEILVERBOTE“ UND SPERRZONEN
ÄRZTEMANGEL IN BREMERHAVEN
ARMER NORDEN – REICHER SÜDEN:
ARBEITSLOSIGKEIT UND ANDERE
PROBLEME IM RUHRGEBIET
HAMBURGER KRANKENHAUS UMGEHT
PERSONALSCHLÜSSEL
DIE MÄRCHEN VON HEUTE**

KONTAKT

Bei Fragen, Anmerkungen, Vorschlägen oder
Anfragen für Abos schreibt uns eine Mail an
rotepost@gmx.de

V. I. S. D. P.

Franziska Vogler
Blodigstr. 15
80933 München

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Liebe Leserinnen und Leser,

siegesbewusst schreiten die Arbeiterklasse und die Völker in allen Ländern der Welt voran, und auch diesen Monat hat die Bourgeoisie in zahlreichen Belangen neue Beweise erbracht, dass ihr System am Zerfallen ist. Wir wollen in dieser Ausgabe, nachdem wir letztes mal gezeigt haben, *wer* zur Zeit die hauptsächliche Kraft in der Weltrevolution darstellt, den Fokus darauf legen, *wo* die Revolution sich im Augenblick am stärksten entwickelt. Das ist Lateinamerika – „Hinterhof der Vereinigten Staaten“, der stärksten und grausamsten imperialistischen Macht, dem Hauptfeind der Völker der Welt. Der Kontinent kommt nicht zur Ruhe und wird es auch nicht mehr, solange die Herrschaft des Imperialismus dort besteht.

Ein anderer Brandherd ist weiterhin Palästina. Die Auseinandersetzungen in Jerusalem dauern trotz des offiziellen Waffenstillstands weiter an. Vor allem, weil sich die Situation des palästinensischen Volkes kein bisschen verbessert hat, aber auch, weil die Streitkräfte Israels ihre Angriffe auf das palästinensische Volk unverhohlen fortsetzen. So dauert die Anfang Mai begonnene Räumung des von Arabern bewohnten Stadtteils Sheikh Jarrah in Ost-Jerusalem durch israelische Besatzungskräfte immer noch an. Israel wird innerhalb der NATO-Staaten des öfteren als „einzige Demokratie im Nahen Osten“ bezeichnet. Wie „demokratisch“ es tatsächlich in diesem Land zugeht, zeigten z.B. die Verhaftungen von mehreren Journalisten mit fadenscheinigen Gründen. Ein Reporter-Team des arabischen Fernsehsenders „Al Jazeera“ wurde auf einer Demonstration angegriffen, die Ausrüstung zerstört, weil sie angeblich Sicherheitskräfte attackiert hatten. Die Aufnahmen zeigen das Gegenteil: wie eine Reporterin im ihr Equipment ringt und dann an die Wand gedrückt wird, während die Sicherheitskräfte ihre Hände vor die Kamera halten, damit diese Szene nicht ans Tageslicht kommt.

In der BRD setzt die Bourgeoisie den Angriff auf die ökonomische Situation und die demokratischen Rechte der Arbeiterklasse fort. Ganz aktuell: Der Vorschlag zur Renten- und die neue Pflegereform. Renteneintritt erst mit 68 ist ein Ergebnis der Politik der Herrschenden in den letzten Jahren, den Dienst eines Arbeiters für den Kapitalisten nach hinten raus zu verlängern, um uns noch länger ausbeuten zu können. Weiter drohen vielen, die letztes Jahr in Kurzarbeit waren, durch den Progressionsvorbehalt beim Kurzarbeitergeld jetzt noch Steuernachzahlungen. Und die Pflegereform erhöht für Kinderlose abermals die Beiträge für die Pflegeversicherung. Wohlgermerkt, während das Gesundheitssystem ausverkauft wird und als Folge davon deutschlandweit der Ärztemangel steigt, und während Krankenhäuser in wichtigen Angaben betrügen. Die Bewegungsfreiheit wird an einigen Orten wieder begrenzt, das labile Recht auf Abtreibung durch das sinkende Angebot noch mehr eingeschränkt, und auch die Religionsfreiheit drohen die Herrschenden mit einem neuen Gesetz, in Teilen auszuhebeln. All diese Themen finden in dieser Ausgabe ihren Widerhall, um zu verdeutlichen: Während die Bourgeoisie sich mit den Lockerungen der „Corona“-Maßnahmen ein bisschen Rückenwind für den anstehenden Wahlkampf verschafft, verschärfen sich in allen Belangen die Angriffe auf die Lage und Rechte der Arbeiter und des Volkes mit der Vertiefung der Krise.

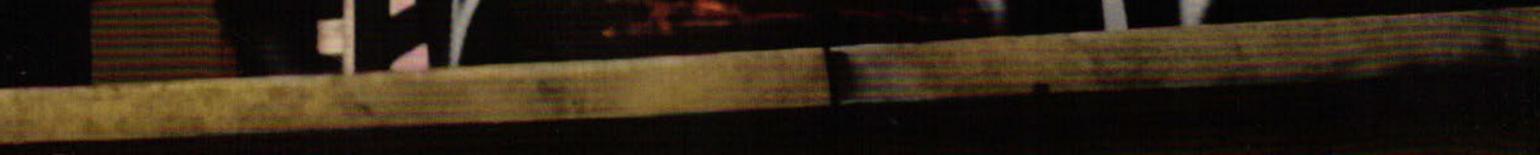
Eure RoPo-Redaktion

BILD DES MONATS



In Bogotá, der Hauptstadt Kolumbiens, hat sich innerhalb der riesigen Proteste eine Gruppe von Müttern gebildet, deren Auftritte im Volk schnell Bekanntheit erlangt haben. Die „Mamás primera línea“ (Mütter der ersten Reihe) nehmen mit aller Entschlossenheit an den Kämpfen teil und stellen Tagesforderungen auf.

DEPENDENCIA
-
RIONACHA
10-III-MDCCCLXX
-
CIENAGA
0-XXI-MDCCCLXX
-
CARTAGENA
14-VI-MDCCCLXXI
-
BO
-
NES



LATEINAMERIKA: AUFSTAND IN DER KRISE



Demonstration in Baranquilla, Kolumbien

Die Revolution entwickelt sich wie ein großer Wirbelsturm auf der Welt. Seit geraumer Zeit ist Lateinamerika Zentrum dieses Sturms; die lateinamerikanischen Völker haben mit Protesten und Aufständen eine jahrhundertelange Erfahrung. Im Augenblick ist der Kontinent wieder von einer Welle des Kampfes erfasst – es sind Aufstände in Großstädten, Landbesetzungen von Bauern, Angriffe auf Polizei und Militär, Massenstreiks, und so weiter und so fort. Die Regierungen versuchen, die Kämpfe der Völker mit brutaler Repression in Blut zu ertränken. Sie wissen dabei selber, dass sie damit langfristig so viel Hass ernten werden, dass die Volksmassen sie mit noch mehr Entschlossenheit vom Angesicht der Erde fegen werden. Bereits 2019 brach – besonders in Chile und Ecuador – eine große Reihe an Protesten und Aufständen in der Ländern Lateinamerikas aus. Jetzt stehen die neuen Kämpfe wieder im Licht der allgemeinen Krise dieses Systems, des Imperialismus, und auf einer höheren Stufe, die Ausbeutung hat noch mehr zugenommen und der Kampfgeist der Völker ist stärker geworden.

Der gewaltige Aufstand des kolumbianischen Volkes ist der Beweis dafür, dass die Herrschenden nicht mehr so weiterregieren können und die Unterdrückten nicht mehr so leben wollen, wie sie es bis jetzt getan haben. Angefangen hat es mit dem nationalen Streik am 28. April. Die richteten sich zuerst gegen die

Steuerreform, die die Arbeiter, Bauern, aber auch Kleinunternehmer, Intellektuelle etc. durch höhere Abgaben noch mehr ausquetschen, noch mehr zugunsten des Staates berauben sollte. Aufgrund der Stärke dieses Streiks sah sich die Regierung gezwungen, die Reform zurückzunehmen. Andere Reformen wie die „Gesundheitsreform“ blieben dafür, dazu bleibt die Lage des Volkes miserabel: Nach bürgerlichen Statistiken leben 21 Millionen Kolumbianer (42,5 % der Bevölkerung) in Armut, tatsächlich leben 70 Prozent des Volks von einem „Mindestlohn“ von umgerechnet maximal acht US-Dollar am Tag. 20 Millionen können sich keine drei Mahlzeiten am Tag leisten, während die Lakaien und Vertreter des US-Imperialismus im Land sich mit ihren Milliarden die Bäuche voll schlagen. Vertrauen in die Herrschenden gibt es dementsprechend so gut wie gar nicht. Allein 91 Prozent der Jugendlichen im Land lehnen die Regierung ab.

Diese Verhältnisse sind die Grundlage, auf der sich der nationale Streik in Kolumbien zu einem der größten Aufstände der letzten Jahre entwickelt hat. Aus allen Teilen des Volkes wurde zur Beteiligung am Kampf mobilisiert – Arbeiter, Bauern, Studenten, Kleinbürger, Intellektuelle und Künstler, Indigene usw. Während des Streiks und den Tausenden an Aktionen wie Märschen, Blockaden etc. in fast 1000 Gemeinden im ganzen Land äußerte sich die hohe Kampfbereitschaft

des Volkes, noch mehr befeuert von der Brutalität der Polizisten und Soldaten, die mittlerweile einige Dutzend Menschen bei den Kämpfen erschossen haben; Hunderte sind „verschwunden“. Auf Seiten der Reaktion gab es (mittlerweile sollten die Zahlen um einiges höher liegen) um die 1000 verwundete Polizisten, dazu mehr als 1000 Fahrzeuge des öffentlichen Verkehrs, Dutzende Verkehrsstationen, Maut- und Tankstellen, die zerstört, um die Hundert Polizeiwachen und Hunderte von Bankfilialen und Geldautomaten, die angegriffen wurden. Es entwickeln sich regelmäßig Straßenschlachten mit den Sicherheitskräften, die die verhasste Regierung um den Yankee-Lakaien Iván Duque auf die Massen loslässt. Die aktuellen Kämpfe in Kolumbien stellen den dritten Aufstand des Volkes innerhalb der letzten drei Jahre dar, was zeigt, dass in dem Land eine explosive revolutionäre Situation herrscht, die durch ihre ungleiche Entwicklung immer wieder ausbricht. Innerhalb dieser Lage schreiten die kolumbianischen Maoisten voran, die Kämpfe des Volkes zu führen und Organisation zu schaffen, um sie im Dienste der Revolution weiterzuentwickeln.

Das brasilianische Volk in den Großstädten protestiert im Augenblick hauptsächlich gegen die Handhabung der Pandemie durch die Bolsonaro-Regierung, d.h. überhaupt keine Maßnahme zum Schutz der Bevölkerung treffen. Mit nun ungefähr einer halben Million Todesopfern ist dies der größte Massenmord, den das Regime begangen hat. Hinzu kommen der Mord an 28 Favela-Bewohnern in Rio in wenigen Stunden Anfang Mai, die Vorbereitung des Massakers an der revolutionären Bauernbewegung in Rondônia und andere Operationen, die zeigen, was für ein Völkermörder der brasilianische Staat ist. Am 29. Mai wurden in 213 Gemeinden des Landes Proteste gegen die Regierung von teils Zehntausenden Menschen aus verschiedenen Teilen des Volkes organisiert. Der Präsident wusste sich nicht anders zu helfen, als selber „Demonstrationen“ für sich zu initiieren, wo er auf dem Motorrad, wie im Film eskortiert von der Zivilpolizei, vorfuhr. Angetrieben von Arbeitslosigkeit, Hunger und Inflation, den Folgen der Krise, verschärft sich zudem die allgemeine Lage des brasilianischen Volkes dramatisch. Dazu haben die meisten das Vertrauen in eine selbstständige Entwicklung Brasiliens in diesem System verloren und die Abhängigkeit von den Imperialisten verstanden. Die Zeichen sind eindeutig: Brasilien erlebt den Vorabend einer großen Revolution.

In Ecuador hat sich der Kampf in den vergangenen Monaten auch vor dem Hintergrund der bürgerlichen Wahlen entwickelt. Ein Parasit und Mörder löst den anderen ab, das kennen die Leute bereits, und deshalb wissen sie den Wahlzirkus öffentlich zu demaskieren und den Kampf zu entwickeln. Keine 24 Stunden, nachdem die neue Lakaienregierung um Guillermo Lasso im Mai ihr Amt betreten hatte, besetzten Aktivisten aus unterschiedlichen Organisationen von Bauern und Indigenen Straßen in der ländlichen Provinz Imbabura. Sie forderten ein Ende der Subventionen, die die lebensnotwendigen Kraftstoffe Benzin, Diesel und Gas immer teurer lassen werden – Dekrete, die Lasso von seinem Vorgänger Moreno übernommen hatte. In der selben Provinz hat sich mittlerweile eine große Zahl an Bauern zusammengeschlossen und verteidigt ihr Land gegen die skrupellosen Interessen von Bergbaukonzernen. Die bergbaufreie Zone Buenos Aires ist ein von den Bauern kontrolliertes Gebiet, dem der Staat den Krieg erklärt hat und mit Belagerung durchs Militär, Razzien, kreisenden Armeeflugzeugen etc. versucht, es zu zerbrechen. Doch auch das wird nur noch mehr Bauern zum Kampf mobilisieren. Die Situation ist soweit zugespitzt, dass wer überleben will, kämpfen muss.

In kaum einem Land in Lateinamerika hat es in den vergangenen Jahren keinen großen Aufstand gegeben. Überall kämpfen die Bauern, die Indigenen und die Massen in den Städten. Wenn ein Aufstand gerade vorbeigeht, beginnt schon wieder der nächste an einer anderen Stelle. Die Mehrheit der Leute kann es nicht ertragen, weiter in diesem System zu leben, und rebelliert, und das zeigt, dass der Imperialismus keine Perspektive mehr hat. Die Völker hassen ihn und lehnen sich immer wieder, auch wenn sie dabei niedergeschlagen werden, gegen ihn auf. Ihr Aufstand ist jedes mal auch ein Schrei nach Führung, ein Schrei nach Organisation, um in der Lage zu sein, mit den vorherrschenden Verhältnissen ein für alle mal Schluss zu machen. Das ist der Schrei nach der Organisation der Arbeiterklasse, die den Kampf des ganzen Volkes in der Lage ist, bis zum Sieg zu führen – die Kommunistische Partei. Mit diesem Typ von Partei wird sich der Wirbelsturm von Lateinamerika aus über die ganze Welt verbreiten. •

KOPFTUCHVERBOT? – „RELIGIONSFREIHEIT“ À LA BRD



Proteste in Wien gegen das „Anti-Gesichtsverhüllungsgesetz“ in Österreich, 2017

Am 22. April hat der Bundestag ein neues Gesetz „zur Regelung des Erscheinungsbilds von Beamtinnen und Beamten sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften beschlossen“. Damit der Staat von seinen Beamten vermeintlich besser vertreten wird, ist es nun möglich, dass „religiös oder weltanschaulich konnotierte Merkmale des Erscheinungsbilds eingeschränkt oder untersagt werden, wenn sie objektiv geeignet sind, das Vertrauen in die neutrale Amtsführung der Beamtin oder des Beamten zu beeinträchtigen“. Nicht umsonst machen sich viele Muslime Sorgen, dass mit diesem neuen Gesetz auch angefangen wird, das Kopftuch als „religiöses Symbol“ mehr und mehr zu verbieten. Denn diese Sache ist nicht neu und wurde von den deutschen Imperialisten über zwei Jahrzehnte diskutiert. Die GroKo heuchelt, es gehe ihr nicht um dieses Verbot. Dann fragt man sich, wie in aller Welt „religiös konnotierte“ Kleidungsstücke eine Beamtin daran hindern sollen, im Dienste eines Staats, in dem Religionsfreiheit ein so hochgestelltes Recht ist, ihre Arbeit richtig zu machen.

Eigentlich ging es nämlich auch um etwas ganz anderes: Vorwand für das neue Gesetz waren Nazi-Tattoos eines Berliner Polizisten. Einer von Tausenden Bullen und Offizieren, möchte man hinzufügen. Anstatt einfach das Tragen von Symbolen des Faschismus zu verbieten, forderte das zuständige Gericht ein einheitliches Gesetz, was jetzt natürlich völlig am Problem vorbeigeht. Dieses Gesetz steht gar im Widerspruch zur Religionsfreiheit, wie sie im Grundgesetz mit „Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet“ als unverletzliche Freiheit verankert ist, steht. Nachdem es jahrelang den Bundesländern selbst überlassen wurde, ein Kopftuchverbot einzuführen, greift der Staat jetzt durch und verbietet es vielen Muslimas mit einem Gummiparagrafen, ihre Religion auszuüben.

Sie sollen sich anpassen, „integrieren“. Sie sollen das annehmen, was die Ausbeuter von ihnen erwarten – ohne zu Meckern alles machen, was man ihnen befiehlt. Das ist, was die Imperialisten mit Integration meinen. Sie wollen, dass die Leute, egal, wo sie herkommen, „gute Deutsche“ werden, stolz darauf sind, ausgebeutet

zu werden, und wenn jemand sich auflehnt, ihn auch mal verpfeifen. Warum dazu das Kopftuchverbot? Weil das Kopftuch Teil der Kultur ist. Und das ist, was die deutschen Imperialisten den Menschen, die in dieses Land kommen, nehmen wollen.

2020 lebten rund 5,5 Millionen Muslime in Deutschland. Fast alle von ihnen sind hier, weil sie, ihre Eltern oder Großeltern ihre Heimat in der dritten Welt wegen der schlechten Lage dort innerhalb der letzten 70 Jahre verlassen haben. In der BRD, einem reichen Land, haben sie gemäß der Logik des Imperialismus als Menschen aus armen Ländern weniger Rechte und werden wie Menschen zweiten Ranges behandelt. Währenddessen beutet der deutsche Imperialismus ihre Heimatländer aus, führt in einigen Krieg gegen das Volk und erntet deshalb den Hass der Leute. Daher ist es den Imperialisten so wichtig, sie ihrer Kultur zu berauben: Kein Gefühl der Ungerechtigkeit mehr, wenn man wie ein Untermensch behandelt wird, kein Gefühl mehr für die Brüder und Schwestern in der Heimat, die ausgeraubt und ermordet werden. Das Kopftuch ist eben nicht nur ein religiöses Symbol, sondern auch ein Merkmal der Zusammengehörigkeit für Millionen vom Imperialismus Unterdrückte in der dritten Welt. Außerdem ist das Kopftuch in der BRD als einem der „westlichen Länder“, in denen den Frauen gesagt wird, sie sollten möglichst freizügig, mit möglichst wenig Kleidung rumlaufen, um als Frau gesehen zu werden, in denen man erwartet, dass sie sich „präsentieren“, für manche auch ein Symbol des Widerstands.

Ein Kopftuchverbot ist auch Ausdruck des massiven Chauvinismus, den Muslime in imperialistischen Ländern abbekommen. Die Arbeiter aus den imperialistischen Ländern sollen sich durch diese Hetze den Völkern aus den unterdrückten Ländern überlegen fühlen und deshalb keinerlei Grund haben, sich mit ihnen zu vereinen. Alle Teile der Bourgeoisie hetzen seit einigen Jahren gegen „bärtigen arabischstämmigen Männer“, von denen jeder angeblich ein „Terrorist“ sein konnte. Als diese Sache besonders stark war, wurden fast gleichzeitig nach der Silvesternacht in Köln 2015 alle jungen männlichen Nordafrikaner im Land unter einen Generalverdacht gestellt, Vergewaltiger zu sein. Aktuell sind Muslime wieder die Schuldigen für vermeintlichen „importierten Antisemitismus“, weil es eben zu einem Großteil Muslime sind, die gegen den Völkermord an den Palästinensern und gegen die Besatzer

protestieren. Indem dieser nationale Befreiungskampf, eine Form des *Klassenkampfes*, zu einem „*Kampf der Religionen*“ (Islam und Judentum) verdreht wird (bei dem es nicht selten so dargestellt wird, als wären „die Juden“ die Demokraten und „die Araber“ die „Antidemokraten“), verbreiten die Imperialisten die Lüge, dass ein Großteil der Araber Juden hassen würde. Hierzulande wurde besonders von der AfD eine umfassende Kampagne gegen Kopfbedeckung geführt. Die Regierungsparteien SPD und CDU behaupten oft genug, sie würden die AfD für deren chauvinistische Pläne verabscheuen, aber machen dann genau das gleiche – nur, ohne es so zu benennen. Es müssen also nicht immer die sein, die am meisten mit den Zähnen fletschen. Was sie einem auch erzählen, keiner einzigen bürgerlichen Partei darf man Vertrauen schenken.

Das Gesetz zur „Regelung des Erscheinungsbilds von Beamten“ ist erst der Anfang, von dem aus die deutschen Imperialisten das Kopftuchverbot ausweiten können. Durch die Hintertür und ohne großartigen Widerstand konnten sie einleiten, dass Muslimen in Deutschland noch mehr Rechte genommen werden. Das ist ein Verbrechen gegen einen nicht unwesentlichen Teil der Arbeiterklasse in der BRD. Diejenigen, die sich nicht still fügen wollen, werden ausgegrenzt. Sie wollen uns Arbeiter spalten. Sie wollen, dass wir den wahren Feind nicht sehen. Zusammen sind wir eine viel größere Macht als die Imperialisten, das müssen wir begreifen. Wenn wir uns vereinen, dann ist für uns alles möglich; wenn wir uns in Teile, die alle für sich selber kämpfen, spalten lassen, dann hat niemand eine Chance. So müssen wir auch den Kampf gegen das Kopftuchverbot verstehen: Wir stehen gemeinsam dagegen, dass ein Teil von uns seiner Rechte beraubt wird! Wenn ein Land so mit seiner Religionsfreiheit angibt, warum gilt das nicht für alle? Das ist verlogen. Besonders, wenn man bedenkt, dass sich die katholische Kirche sogar über das geltende Recht hinwegsetzen und ihr eigenes Justizsystem, in das die staatliche Justiz nicht eingreift, haben darf, wodurch z.B. die pädophilen Priester gedeckt wurden und werden. Aber so ist das in diesem System. Wahre Freiheit der Wahl der Religion kann es nur im Sozialismus geben. Für uns ist hervorzuheben, dass wir uns gemeinsam als Klasse gegen solche Maßnahmen wehren, egal, wen sie treffen. Denn am Ende ist jeder Angriff auf einen von uns ein Angriff auf uns alle. •

FÜR DAS RECHT AUF ABTREIBUNG!



1971: Kampf für das Recht auf Abtreibung in der Frauenbewegung vor 50 Jahren

Vor 50 Jahren gab es von dem Magazin Stern eine Aktion, wo unterschiedliche mehr oder weniger bekannte Frauen auf dem Titelblatt gezeigt wurden, mit dem Statement „Wir haben abgetrieben!“ Die Aktion richtete sich zur Zeit seines 100. Geburtstags gegen den Strafgesetzbuch-Paragraphen §218, der einen Schwangerschaftsabbruch für alle Beteiligten unter Strafe stellt: „Wer eine Schwangerschaft abbricht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.“ Diese Aktion richtete sich auch gegen die Stigmatisierung, die Frauen auch heute noch erfahren, wenn sie einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen. Und auch erst im Mai diesen Jahres gingen in über 40 deutschen Städten Frauen auf die Straße, um die Abschaffung dieses Paragraphens zu fordern.

Was viel zu häufig vergessen wird, ist, aus welcher Zeit dieser Paragraph überhaupt stammt: Im Jahre 1871 wurden die Bestimmungen zum Schwangerschaftsabbruch das erste Mal in das Reichsstrafgesetzbuch aufgenommen, damals wurde ein Abbruch mit fünf Jahren Haft bestraft. Schon damals gehörte dieser Paragraph in die Kategorie des Mordes bzw. Totschlags, wo er auch heute noch direkt dahinter steht. Schon damals gab es erste Proteste gegen dieses Gesetz. Während die reiche

Elite mit ihren Ärzten, Kirchen und Politikern sich für das Verbot einsetzten, waren es vor allem die Arbeiterinnen, die dagegen protestierten. Auch wenn es offiziell verboten war, wurde abgetrieben. Reiche Frauen konnten sich den Arzt und somit eine sicherere Behandlung leisten, arme Frauen wurden häufig Opfer sogenannter „Kurpfuscher“ und starben viel zu häufig an den vorgenommenen Abtreibungen. Der Paragraph wurde auch „Klassenparagraph“ genannt und unter anderem kämpfte auch die Kommunistin Clara Zetkin dagegen. Seitdem wurde der Paragraph hin und wieder verändert, die Strafen fielen mal härter, mal milder aus. Dennoch blieb er in seiner Grundform – dass Abtreibung strafbar ist – bestehen. Und somit auch der Protest dagegen. Erst in den 60er-Jahren wurde es straffrei, bei medizinischen Komplikationen abzutreiben.

Neuen Aufwind bekam der Kampf gegen §218 Ende der 60er-Jahre, als sich eine neue Form der Frauenbewegung entwickelte. Frauen wollten selbst bestimmen, wann sie Kinder haben und mit wem. Legale Abtreibungen gab es auch zu dieser Zeit, allerdings im benachbarten Ausland, was sich wiederum nur die reichen Frauen leisten konnten. Frauen der Arbeiterklasse blieb in vielen Fällen nur die gefährliche „Selbsthilfe“.

Erst im Jahre 1976 wurde der Paragraph 218 so verabschiedet, wie wir ihn kennen. Seitdem darf eine Frau straffrei abtreiben, wenn sie eine Zwangsberatung und eine dreitägige Wartezeit hinter sich hat und die Befruchtung nicht länger als zwölf Wochen her ist. Dazu kommt erschwerend, dass der Arzt der die Beratung durchführt, selbst nicht den Eingriff vornehmen darf. Hier kann es durchaus vorkommen, dass eine Frau, die erst spät bemerkt, dass sie ungewollt schwanger ist, durch die drei Tage Bedenkzeit über die 12 Wochen-Frist rutscht. Die Frist von zwölf Wochen gilt nicht, wenn die Frau vergewaltigt wurde oder eine Gefahr für die Gesundheit oder das Leben der Mutter besteht. Eine Fristverlängerung gilt explizit nicht, wenn bei dem Kind z.B. eine Behinderung festgestellt wird.

Neben dem häufig belastendem Beratungsgespräch kommt auch eine ökonomische Frage dazu: Kann ich mir die Abtreibung leisten? 350 Euro bis 700 Euro sind je nach Dauer der Schwangerschaft und Behandlungsart zu veranschlagen, lediglich bei medizinisch oder kriminologisch notwendigen Abtreibungen zahlt die Krankenkasse. Ansonsten gilt eine Einkommensgrenze von aktuell 1258 Euro. Darunter zahlt im Regelfall die Kasse, darüber nicht. Als z.B. Verkäuferin in Teilzeit kann es also dazu kommen, dass man doch knapp über der Grenze liegt und selbst zahlen muss. Trotz dieser Hürden wurden für letztes Jahr in der BRD *offiziell* rund 100.000 Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt.

Trotz anhaltender Proteste, die die Abschaffung fordern, drehen die bürgerlichen Politiker gerne auf taub und stumm, wenn es um den Paragraphen 218 geht. Mehr noch, viele positionieren sich öffentlich gegen die Abschaffung. Als ein Beispiel ist hier der Vizekanzler und Bundesfinanzminister Olaf Scholz zu nennen. Scholz war 2015 Schirmherr des „Kongress christlicher Führungskräfte“ in Hamburg, einem Kongress, der Schwangerschaftsabbrüche als das „größte gegenwärtige Verbrechen in Deutschland“ bezeichnet.

WENIGER ÄRZTE FÜR ABTREIBUNGEN

Was in den Köpfen der Herrschenden vor sich geht, kriegen wir dann meistens hart zu spüren. Statt es uns irgendwie leichter zu machen, werden uns nur noch mehr Steine in den Weg gelegt. Zwar kann ich

im Internet zahlreiche Beschreibungen verschiedener Abtreibungsmethoden finden, aber sucht man nach Ärzten, die diese anwenden, findet man nichts. Warum? Ärzte dürfen laut dem Paragraphen 219a nicht öffentlich darüber informieren oder wie es in dem §219a heißt: „werben“. Aber heutzutage kann man als Frau, wenn man nicht gerade in Großstädten wohnt, froh sein, wenn es überhaupt einen Arzt gibt, der die Abbrüche vornimmt, denn es gibt immer mehr sogenannte „Versorgungslücken“ in der Frage. Zwar hat jede fünfte Frau laut Statistik in ihrem Leben einmal abgetrieben. Doch zwischen 2003 und 2018 ist die Zahl der Arztpraxen und Kliniken in Deutschland, die diesen Eingriff durchführen, um 40 Prozent zurückgegangen. In Bremerhaven beispielsweise gibt es seit Dezember 2020 keinen niedergelassenen Arzt mehr, der Schwangerschaftsabbrüche durchführt. Abtreibungen sind nun nur noch in dem Krankenhaus der Stadt möglich, oder wenn man selbst zum Arzt in die nächste Stadt fährt. Der Abbruch in der Klinik würde auch nur durchgeführt werden, wenn zufällig ein OP-Termin frei sei. Die Wartezeit dafür beträgt teilweise mehrere Wochen. Die medikamentöse Abtreibung ist in Bremerhaven gar nicht mehr möglich. Das, obwohl wöchentlich 10 Frauen die Beratungsstelle von Pro Familia aufgesucht haben. Die Frauen müssten dann nach Bremen oder Hamburg anreisen, was mit dem öffentlichen Nahverkehr unmöglich ist, da Schwangerschaftsabbrüche häufig unter Vollnarkose durchgeführt werden. Die Abtreibung mit der Abbruchs-Pille erfordert wiederum zwei separate Fahrten. Und hier zeigt sich auch erneut, gegen wen sich der Paragraph richtet. Es sind die Frauen, die sich diese ganze Prozedur schlichtweg nicht leisten können. Ökonomisch, aber vielleicht auch, weil man eh schon alleinerziehend ist und die Kinder nicht allein zuhause bleiben können.

Das Recht auf Abtreibung ist, wie wir gesehen haben, eine alte Forderung der Frauenbewegung. Während von den Herrschenden versucht wird, die Frauen mithilfe der Steine im Weg an Heim und Herd zu fesseln, kämpfen diese um ihre fundamentalen Rechte. Das Recht auf Abtreibung erfordert einen Kampf, der in vielen Ländern der Welt geführt wird, und macht deutlich, dass wir von den Herrschenden niemals etwas geschenkt bekommen werden. •

KARLS ERDBEERHOF: AUSBEUTUNG IN DER ERDBEERE



Im Juni beginnt die Saison für den Erdbeerverkauf, diese dauert normalerweise ungefähr zwei Monate. Pünktlich dazu sprießen in Berlin, und auch in anderen Städten, knallrote Erdbeerbutzen aus dem Boden. Diese gehören zu „Karls Erdbeerhof“, dem Erdbeer-Imperium von Robert Dahl, seiner Schwester Ulrike und weiteren Familienmitgliedern. Karls Erdbeeren gibt es nur an diesen Ständen zu kaufen. Doch das allein reicht natürlich nicht aus, um im Jahr 2017 geschätzt 44 Millionen Euro Umsatz zu machen: Sieben Hofladen-Standorte mit eigener Manufaktur, fünf davon inmitten eines Erdbeer-Freizeitparks, über 15.000 Erdbeer-Artikel im Angebot und rund 2800 Beschäftigte im Jahr, Saisonarbeiter eingeschlossen. Und wie nicht anders erwartet, die Ausbeutung von saisonalen Verkäufern und Erntehelfern. Zusammen mit einer Werbeagentur hat sich Karls ein angestrebtes Image zurechtgelegt: *„familiär, authentisch, kreativ, natürlich, großzügig, augenzwinkernd & liebevoll“*. Wie sich Karls dabei schlägt, diese Dinge zu repräsentieren, wollen wir einmal untersuchen.

GROSSZÜGIG

Saisonarbeit; für viele Studenten, Geringverdiener oder Rentner ein wichtiges Nebeneinkommen. Sucht man in Berlin also so einen 450€-Job, trifft man früher oder später auf Karls. Die sogenannten „Karlsianer“, die meisten von ihnen Frauen, arbeiten für 10€, also knapp über Mindestlohn, in den 4m² großen Metallerdbeeren, häufig mitten in der prallen Sonne aufgestellt, ohne dass auf die eigentlich gesetzlich vorgegebenen Arbeitsbedingungen geachtet wird. Wenn wenn es draußen 35 Grad sind, ist es in der „Erdbeere“ noch heißer.

KREATIV

Was Karls als „der eigene Chef sein“ betitelt, ist in Wahrheit quasi eine Aufgabe für zwei, bei der man sich auch noch per App selbst ausspioniert. Alles, was man tut, muss mit der App, die man auf sein privates Smartphone laden muss, „dokumentiert“ werden. Wer sich weigert, bekommt 50 Cent weniger

Stundenlohn. Konkret bedeutet das Schichtbeginn und -ende melden, Fotos der Warenpräsentation und der täglich wechselnden Angebotsschilder (die man natürlich zu Arbeitsbeginn selbst gestalten soll) bei jeder Schicht hochladen, den Dienstplan von zwei bis vier Kollegen selbstständig ausarbeiten und die Abrechnungen der Barkasse erstellen. Eine Verkäuferin erzählt: *„Oft graust es mich, zur Arbeit zu gehen, weil ich jedes Mal weiß, ich sitze fünf von sieben Stunden nur dort bis 20 Uhr und langweile mich, weil keine Kunden kommen.“* Lesen oder am Handy sein ist absolut tabu. Sie ergänzt zu den Arbeitszeiten: *„Mein Kollege hat angegeben, es steht im Arbeitsvertrag, er kann nur vier Tage arbeiten und arbeitet trotzdem öfter sechs Tage die Woche. Man hat kaum Freizeit, an freien Tagen kommt es öfter vor, dass man angerufen wird, ob man arbeiten kann.“*

LIEBEVOLL

Zusätzlich wird man mit überaus peniblen Arbeitsvorschriften gepiesackt: *„Diese Erdbeer-Nazis sind unerträglich“,* ätzt eine andere, *„die tun [...] auf total nett und regeln dann haarklein, wie man die Körbe hält oder dass man nicht die Beeren, sondern nur die Stiele anfassen darf.“* Kontrolliert wird das, indem alle paar Tage ein Standbetreuer vorbeikommt und Fotos macht. Unangekündigt und heimlich. Bei den Online-Schulungen werden den Verkäufern Dinge wie „zu viele abgerechnete Reklamationen, unüblich viele Toilettengänge oder abgesammelte Erdbeeren aus den reichlich gefüllten Schalen“ vorgehalten. Eine der Frauen erwidert auf die Frage, ob sie die Bezahlung für die Arbeit gerecht finde: *„Totale Ausbeutung!“* Die Hälfte des Entgeltes erhält man erst am Ende der Verkaufssaison. Ähnlich anspruchsvolle Jobs werden deutlich besser vergütet, und es ist eine Frechheit, dass Karls beim Verstoß gegen all diese Regeln von „gebrochenem Vertrauen“ spricht, wenn es von ihrer Seite von Anfang an keines gab. Und wenn jemand aufmuckt, fliegt die Person raus. Gewerkschaftlich organisiert sind die Meisten in den Verkaufsständen nicht, das schränkt die Möglichkeit der Arbeitnehmervertretung ein. Laut Robert Dahl gebe es kaum Beschwerden, er weist die Kritik in Interviews zurück: *„Wir sind ein sehr liebevoll geführtes Familienunternehmen.“* Eine nützliche Aussage will er nicht treffen.

AUTHENTISCH

Ulrike Dahl hat die Personalschulungen entworfen. Darin lernen die „Karlsianer“, wie sie für die „Fans“ „Kontakt-Götter“, „Herz-Eroberer“ oder „Goldstücke“ werden. „Fan“ sagt Ulrike Dahl zu Kunden, Gästen oder Besuchern. *„Ein Verkäufer ist auch ein Seelentröster oft oder ein Psychologe. [...] Und die wissen von denen alles. Ob der Dackel Durchfall hat. [...] – alles! [...] Mit 'ner guten inneren Haltung kann ich nämlich auch ein brillanter Verkäufer sein. Und das gehört zu 'nem guten Goldstück dazu.“* Insgesamt sind das mehr als 1500 Arbeitsplätze als „Karlsianer“. Nicht mit eingeschlossen sind die 1300 Erntehelfer. Die bekommen allerdings keine Schulung und heißen nicht Goldstück, sondern Arbeiter.

NATÜRLICH

In einem Interview von 2017 mutmaßt Robert Dahl, dass deutsche Pflücker die Arbeit erst ab 40€ Stundenlohn verrichten würden. Er denkt also sogar selbst, dass eine Bezahlung, die der Belastung entspricht, mindestens das Vierfache der tatsächlichen wäre. Dafür wären aber die finanziellen Möglichkeiten nicht da. Davon abgesehen, dass er drei Jahre später in einem anderen Interview erzählte, dass er nun 100 Millionen in seinen Erlebnispark Elstal bei Berlin investieren möchte, hat so ein fuchsiger Unternehmer natürlich auch dafür eine „rentable“ Lösung: Saisonarbeiter aus Polen und der Ukraine. Dahl unterstreicht dazu die „Ironie der Geschichte“: Was Vater Karl-Heinz 1990 wirtschaftlich das Genick gebrochen hat, nutzt Sohn Robert. Denn als nach der „Wende“ günstigere Erdbeeralternativen aus Polen kamen, verloren die Dahls ihre Zuliefer-Stelle bei Schwartau. Für Mindestlohn fahren die Erntehelfer um 4:30 Uhr in der Früh aufs Feld, beginnen um 5 Uhr und arbeiten bis 15 Uhr. Mittagessen gibt es auf dem Feld. Erst, wenn man schon einmal auf einem Feld gearbeitet hat, kann man die Anstrengung dabei einschätzen. Doch das ist den Dahls egal. Wer keine 10 kg in der Stunde pflückt, verliert den Job. Auch beim Pflücken gibt es wieder ganz genaue Arbeitsanweisungen, die zeitaufwendiger sind.

FAMILIÄR

Die Erntesaison geht von Ende Mai bis August, jedoch bleiben die Meisten nur 50 bis 60 Tage. Die Leute hätten Familien und Verpflichtungen, da sei es den wenigsten möglich länger zu bleiben, erzählte Dahl. Es scheint also nur ein Zufall zu sein, dass zur Zeit der Aussage kurzfristig Beschäftigte, die länger als 70 Tage bleiben, sozialversicherungspflichtig wurden. Unattraktiv für Arbeitgeber. Als ein Versuch, die aktuelle Überproduktionskrise einzudämmen, wurde nun übrigens ein sozialversicherungsfreier Zeitraum von 115 Tagen vom Gesetzgeber durchgedrückt. Abgesehen von diesem Verbrechen an unseren Klassen-schwester und -brüdern konnte man auch in den bürgerlichen Medien das Ausmaß an menschenunwürdigen Arbeits- und Unterkunftsbedingungen sehen. Unternehmen wie dieses sind ein klares Beispiel dafür, wie die Imperialisten nicht nur Massen in den unterdrückten Nationen selbst unterdrücken und ausbeuten, sondern sie auch als billige Arbeitskräfte „importieren“.

AUGENZWINKERND

Hinzu kommt, dass die kurzfristige Beschäftigung nur eine untergeordnete wirtschaftliche Bedeutung für den Arbeitnehmer haben darf. Doch sieht man sich das Lohnniveau der Herkunftsländer der Arbeiter an, kann

es den Anschein erwecken, dass diese Voraussetzung nicht erfüllt wird, die Arbeitgeber aber trotzdem keine Sozialversicherungsbeiträge verrichten wollen. Geprüft wird das natürlich auch nicht ausreichend. Ihnen schadet es nicht, aber später stehen die Arbeitnehmer in diesem nicht funktionierenden System ohne Krankenversicherung und Rentenansprüche da. Und noch ein kleines Problem hat Dahl, genauso wie andere Bauern: Durch den steigenden Lohndurchschnitt in Polen lohnt sich der Aufwand für die Leute nicht mehr, um hierherzukommen. Außerdem würde ja die Arbeitsmoral sinken, die Leute hätten falsche Vorstellungen und kein Verständnis für feste Arbeitsbedingungen.

Während diese Ausbeutung für einige vielleicht etwas ist, das sie eine kurze Zeit als Student oder Schüler als Ferienjob „aushalten“, sind so ausbeuterische und menschenunwürdige Arbeitsbedingungen Normalität für große Teile unserer Klasse. Daran ändern auch die falschen Versprechen des Arbeitgebers nichts, oder ob der lockere Chef beim hippen, jungen Kaffee-Verkaufsstand einen in Kumpelmanier doch noch zu unbezahlten Überstunden überredet. Das alles kennen wir zu Genüge als Versprechen der Sozialpartnerschaft. Ob sie uns nun „Karlsianer“, „Siemensianer“ oder sonst wie nennen, wir wissen, diese Leute sind nicht auf unserer Seite. Und das wissen sie auch. Weshalb sonst werden Personen, die sich dagegen wehren, gefeuert? •

Erdbeerimperator Robert Dahl mit „Karlchen“-Maskottchen



„VERWEILVERBOTE“ UND SPERRZONEN



Polizei drängt Feiernde in der Stuttgarter Innenstadt zurück

Es geht schon wieder los in Stuttgart. Ein knappes Jahr nach den Ausschreitungen in der Innenstadt hat es wieder „Randalere“ rund um den Schlossplatz gegeben. Wieder, weil die Polizei hunderte junge Leute abends beim Feiern schikaniert hat. Als sie mit dem Vorwand Alkoholkonsumverbot und Abstandsmaßnahmen an einem Samstagabend Ende Mai belästigt wurden, wehrten sich die Leute, fingen mit der Zeit an, Flaschen auf die Bullen zu werfen und zerstörten im Anschluss in der einmündenden Bummelmeile Königstraße öffentliche Gegenstände. Die Polizei ließ die Freitreppe, um die herum sich die meisten angesammelt hatten, räumen und attackierte die Leute mit Pfefferspray. Zeitgleich gab es auch in Tübingen und Heidelberg nachts Auseinandersetzungen von jungen Leuten mit der Polizei.

Die Landesregierung und die Stadt Stuttgart reagierten schnell auf die „erneuten Krawalle“ an Schlossplatz und Königstraße und diskutierten am nächsten Tag ein „Verweilverbot“ für bestimmte Zonen. Das heißt, uns wird einfach die Freiheit genommen, uns an öffentlichen Orten aufzuhalten. Dafür hätten sie eine Menge Sicherheitskräfte für „Kontrollen“ einplanen müssen, die dann den ganzen Hass auf dieses Aufenthaltsverbot geerntet hätten. Das war ihnen in der jetzigen Lage ein bisschen zu riskant, deshalb versuchen sie es eine Stufe milder. Clemens Maier, Ordnungsbürgermeister von Stuttgart, erklärt: *„Um den Provokateuren die Bühne zu nehmen, wird die Freitreppe ab sofort an Freitagen und Samstagen sowie vor Feiertagen zwischen 20 Uhr und 6 Uhr gesperrt.“* Statt einem Verweilverbot also eine Art Sperrzone.

Sie hoffen darauf, dass wir von selbst das Interesse verlieren, uns an den üblichen Plätzen zu versammeln, anstelle einer direkten Konfrontation. Natürlich wissen sie, dass, wenn wir uns an einem Ort nicht mehr treffen können, uns einen neuen suchen werden. Es ist eben eine Maßnahme auf Zeit. Solange bauen sie die Präsenz der Polizei auf den Straßen aus und versuchen, uns daran zu gewöhnen, dass sie uns schikanieren können, wo immer wir uns auch treffen. Außerdem wollen sie verstärkt Sozialarbeiter einsetzen, die uns „auf cool“ Vertrauen in dieses System zurückgeben sollen, damit wir ihnen nicht mehr so großen Stress machen.

Auch die anderen Städte führten umgehend nach dem letzten Maiwochenende an zentralen Orten Maßnahmen ein; in Heidelberg ein eingeschränktes Aufenthaltsverbot auf der Neckarwiese, in Tübingen ein Alkoholverbot in der Innenstadt. Eine Sache wird bei all den Verboten merklich anders: Der größte Einschnitt in die „Freiheit der Person“, unsere Bewegungsfreiheit, die Ausgangssperren, wurde z.B. mit dem Infektionsschutz gerechtfertigt. Jetzt, wo sich tatsächlich hunderte Menschen nachts versammeln wird immer mehr die „Gewalt der Feiernden“ als Vorwand genannt. Die Alkoholkonsumverbote, die letztes Jahr noch vielerorts wegen „Corona“ verhängt wurden, werden jetzt im ganzen Land in ähnlicher Form eingeführt. Genau wie bei der „Platzsperrre“ auf der Freitreppe reden sie da jetzt aber plötzlich von den altbekannten „Krawallmachern“. Dass sie selbst unterschiedliche Begründungen vorbringen, ist bezeichnend für ihre Verlogenheit. Eine Sache ist klar: Sie haben gewaltig Angst vor uns. •

ÄRZTEMANGEL IN BREMERHAVEN

Seit letztem Jahr März beweist der bürgerliche Staat noch mehr als sonst, was unsere Gesundheit ihm wert ist. Maßnahmen, die uns schützen sollen, wie Abstand halten oder Maske tragen, werden als Vorwand genutzt, um uns zu schikanieren, die Möglichkeit der ärztlichen Behandlung und ausreichenden medizinischen Versorgung wird gleichzeitig vielen von uns verwehrt. Mit dem Gesundheitssystem geht es immer mehr bergab, weil es sich mehr und mehr zu einer einzigen Profitquelle entwickelt. Eine neue Studie der Robert-Bosch-Stiftung zeigt die nachhaltigen Folgen davon: Der Ärztemangel in der BRD wächst gewaltig. Bremerhaven ist wieder mal ganz vorne mit dabei, die Studie kommt auch zum Ergebnis, dass der Ärztemangel sich hier in den nächsten Jahren noch deutlich verschärfen wird. Zwei Drittel der Bremerhavener Hausärzte sind in zehn Jahren mindestens 65 Jahre alt und haben damit das Rentenalter erreicht, sodass die Zahl der Ärzte in Bremerhaven in den nächsten Jahren drastisch abnehmen wird. Forderungen nach einer medizinischen Fakultät in Bremen oder Bremerhaven werden immer lauter, denn bisher gibt es im gesamten Bundesland keine Möglichkeit, Medizin zu studieren. Und dann wundert man sich, wenn einem irgendwann die Ärzte ausgehen, und das ausgerechnet in einer Pandemie. Glaubten wir den Herrschenden, ihre Politik sei in unserem Sinne und solle unsere Gesundheit schützen, müssten wir annehmen, dass nun alles in Bewegung gesetzt würde, das Problem zu beheben. Doch wieder einmal enttarnt die Realität diese Lüge. Denn der Staat krümmt keinen Finger dafür, dieser Forderung nachzukommen oder andere Anreize zu schaffen, sich in Bremerhaven als Arzt niederzulassen; viel zu beschäftigt ist er damit, uns unserer demokratischen Grundrechte zu berauben.

Aber auch langfristig und unabhängig von Corona wird der Ärztemangel ein riesiges Problem für die Leute in Bremerhaven. Denn in zehn Jahren, wenn die meisten Bremerhavener Hausärzte das Rentenalter erreicht haben, wird die allgemeine Alterung der Gesellschaft ihren vorläufigen Höhepunkt erreichen, da der besonders geburtenstarke Jahrgang der „Baby-Boomer“ dann das Seniorenalter erreicht. Dadurch wird es einen größeren Bedarf an Hausärzten geben als ohnehin schon, der nicht gedeckt werden kann,

da im Alter natürlich häufiger Krankheiten auftreten und mehr ärztliche Betreuung notwendig ist. Dazu kommt, dass Bremerhaven die ärmste Stadt der BRD ist und allein schon aus dem Grund eine umfangreichere medizinische Versorgung häufiger notwendig ist als in Gebieten, wo weniger Menschen von Armut betroffen sind. Denn es ist ganz einfach so, dass viele von uns nicht die Möglichkeiten haben, sich z.B. immer gesund zu ernähren, Sport zu treiben oder sich auch einfach mal eine Pause zu nehmen. Dazu fehlt schlicht das nötige Geld und die Zeit. Auch schwere körperliche Arbeit, häufig ohne Arbeitsschutz und nur darauf ausgerichtet, möglichst viel Profit zu erwirtschaften, trägt selbstverständlich nicht gerade zur Gesundheit der Leute bei. So wundert es einen auch kaum, dass Bremerhaven in der gesamten BRD die Stadt mit der geringsten Lebenserwartung ist. Im Vergleich mit München, wo es den meisten Menschen im Verhältnis deutlich besser geht, werden Männer in Bremerhaven im Schnitt sogar ganze sechs Jahre weniger alt.

Für die Frauen in Bremerhaven tut sich aber nun ein weiteres riesiges Problem auf: Der letzte Arzt in Bremerhaven, der Abtreibungen durchgeführt hat, ist im Dezember letzten Jahres in Rente gegangen. In ganz Bremerhaven ist es nun unter normalen Umständen nicht mehr möglich, eine Schwangerschaft abzubrechen; allgemein wird es Frauen in der BRD möglichst schwer gemacht, das zu tun. Abtreibung wird durch den Paragraphen 218 grundsätzlich unter Strafe gestellt und damit Frauen, die über ihren eigenen Körper bestimmen, kriminalisiert und stigmatisiert. Und so stören sich die Herrschenden auch nicht weiter daran, dass die Bremerhavenerinnen jetzt mindestens 70 Kilometer reisen müssen, um die nächste Abtreibungsklinik zu erreichen. Auch stört es sie nicht, dass etliche gar nicht in der Lage sind, die Fahrtkosten aufzubringen oder kleine Kinder haben, die betreut werden müssen und so ein Abbruch für sie nahezu unmöglich ist. Mehrfach wurden von der Stadt sogar Angebote verschiedener Ärzte und Verbände, sich in Bremerhaven niederzulassen, um Abtreibungen durchzuführen, abgelehnt mit der Ausrede, die öffentlichen Gelder seien zu knapp. Dass es an öffentlichen Mitteln aber nicht fehlt, wenn es darum geht, immer mehr Geld in die unterschiedlichen

Repressionsorgane des Staates zu pumpen, um unsere Unterdrückung aufrecht zu erhalten, zeigt einmal mehr, dass dieser Staat nicht uns, sondern einzig und allein den Bonzen dient.

Wer von uns kennt es nicht – man hat ein medizinisches Problem, räumt sich extra einen Zeitraum frei, wo man zum Arzt gehen kann, und findet trotzdem auf lange Zeit keinen Termin oder muss stundenlang warten. Eigentlich sollten Arztpraxen doch so sein, dass man, wenn man ein wichtiges Problem hat, da schnell hin kann und Hilfe und Beratung bekommen. Das hat mitunter vor mehreren Jahrhunderten schon besser funktioniert. So ist die Situation jetzt, vor der Ausweitung des Ärztemangels. Die Studie schätzt für den Zeitraum 2019 bis 2035 einen Rückgang der Zahl Hausärzte in Bremerhaven um ca. 18 Prozent, was angesichts der sinkenden Zahlen der jungen Mediziner, die sich als Hausarzt niederlassen wollen, noch optimistisch erscheint. Im umliegenden Landkreis Cuxhaven liegt die Prognose sogar bei 40 Prozent. Wir müssen um die Möglichkeit fürchten, überhaupt noch bei uns in der Nähe zum Arzt gehen

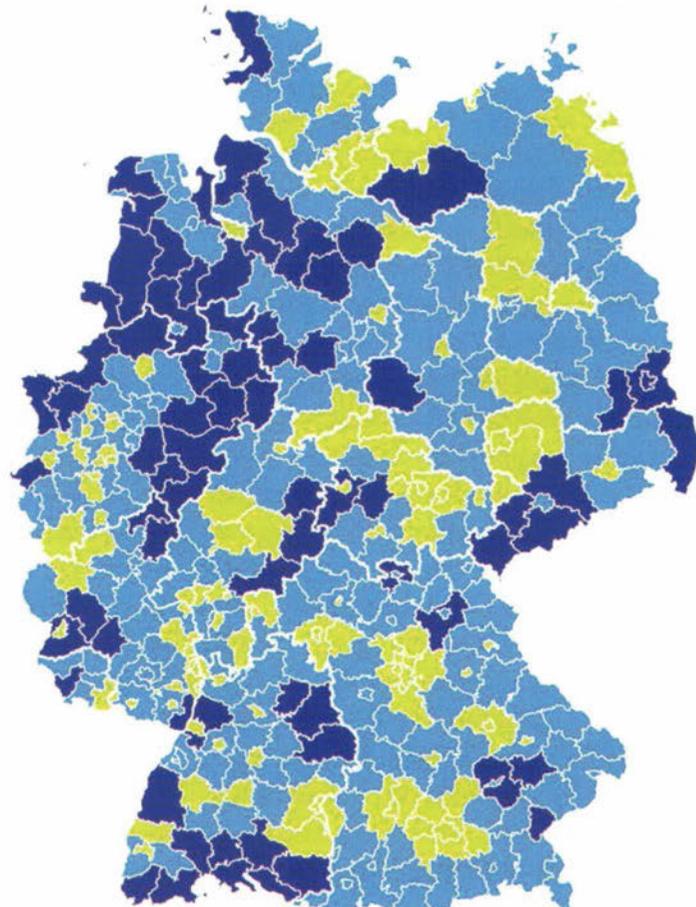
zu können. Impfstoffe können in hohem Tempo entwickelt werden, in Praxen, wo es welche gibt, gibt es immer modernere, bessere Gerätschaften, aber das Volk kann nicht beim Arzt behandelt werden!

Das Hauptproblem ist nicht, dass die Gesellschaft „altert“, sondern ein Gesundheitssystem, das die Klassenzugehörigkeit sinnbildlich auf die Krankenversicherungskarte druckt. Außerdem sorgt dieses in großen Teilen nicht für das Angebot ärztlicher Behandlung; das wird vielen Ärzten und ihrer eigenen Praxis selbst überlassen. Wenn sich aber nicht darum gekümmert wird, dass es überhaupt Ärzte gibt, wird das Problem noch größer. Auch das stattliche Geld, was man als Arzt verdient, ist nun Vielen nicht mehr die viele Arbeit in dem Beruf wert. Medizin kann man zudem weiterhin nur mit Bestnoten studieren und an ausgewählten „Akademikerstandorten“, und viel davon ist im Interesse der Pharmaindustrie, nicht der Gesundheit des Volkes organisiert. So sorgt der Staat dafür, dass einigen von uns in Perspektive keine Ärzte mehr zur Verfügung stehen. •

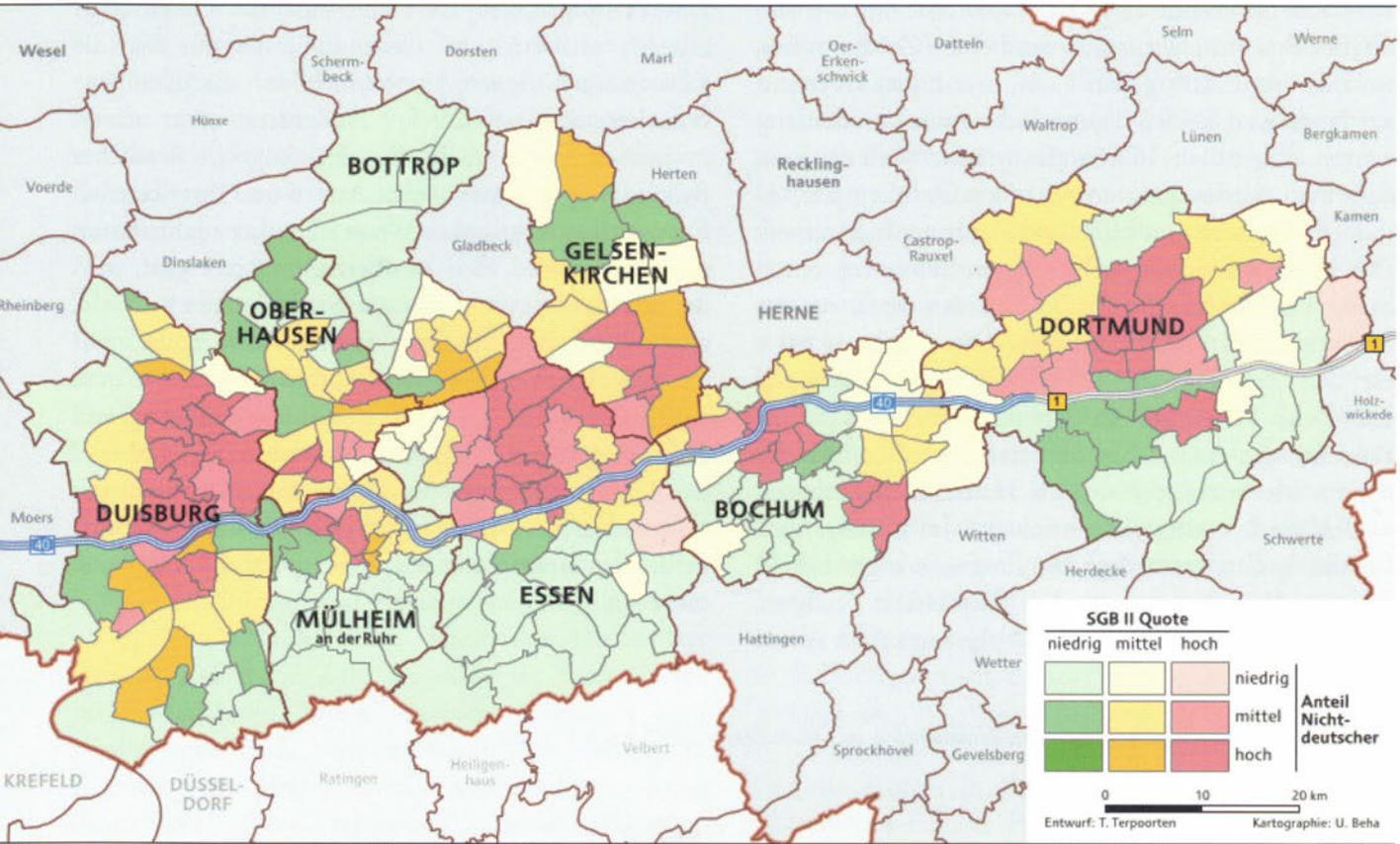
Verteilung des Versorgungsgrades mit Hausärzten in Deutschland 2035 nach Kreisen

Unterversorgung und freie Sitze

- Unterversorgung
- freie Sitze
- keine freien Sitze



ARMER NORDEN – REICHER SÜDEN: ARBEITSLOSIGKEIT UND ANDERE PROBLEME IM RUHRGEBIET



Räumliche Aufteilung der Arbeitslosenquote und Anteil der Migranten im Ruhrgebiet

Armer Norden, reicher Süden – was sich auf den ersten Blick nach einem Teil der Geschichte aus Game of Thrones anhört, ist im Ruhrgebiet seit dem Anfang der industriellen Erschließung und Entwicklung der Gegend der Fall. Im größten Ballungsraum von Deutschland leben 5,1 Millionen Menschen. Auch heute noch ist das nördliche Ruhrgebiet von Armut und Migration geprägt. In dicht besiedelten Stadtteilen sind auf engstem Raum seit jeher die Arbeiterviertel errichtet worden, während es im südlichen Ruhrgebiet hingegen sehr ländlich zugeht. Statt groß angelegten Zechensiedlungen gibt es dort neben viel Grün auch Einfamilienhäuser, Villen und Höfe. Zwei verschiedene Lebenswelten, die trotz der räumlichen Nähe nicht unterschiedlicher sein können. Existiert eine Mauer, die diese beiden Welten trennt? Nein, nur die A40. Seit Jahren wird die A40 von Soziologen der Universität Bochum als Sozialäquator bezeichnet. Wieso? Weil nördlich der A40 die Quartiere der Arbeiter, des Proletariats, und im Süden die Viertel der Reichen, die der Bourgeoisie sind. Diese Trennlinie

zieht sich durch das ganze Ruhrgebiet. Von Duisburg im Westen bis nach Dortmund im Osten.

Entstanden ist die Aufteilung während der Zeit der Schlotbarone wie Krupp und Co. aus dem einfachen Grund, dass der Wind in der Regel von Süden nach Norden zieht und die Fabrikbesitzer sowie ihr Anhang nicht die verpestete Luft ihrer Fabriken atmen wollten. Dieses „Privileg“ hatten seit jeher die Arbeiter. Aus diesem Grund steht die große Krupp-Villa im Süden der Stadt Essen im Stadtwald, und Krupps Arbeiter lebten nah an den Zechen und Fabriken im Norden. Doch während Kohle und Stahl der Vergangenheit angehören, ist dieser Zustand geblieben. Während im Süden immer noch wohlhabende Schichten angesiedelt sind, verelenden immer weitere Teile der Bevölkerung in den nördlichen Stadtteilen. Kein Wunder, schaut man sich die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen im Zeitraum der 1980er bis 2008 an, sieht man, dass diese um 300 Prozent gestiegen ist. Während die Arbeitslosenquote in der BRD bei 5,9 Prozent liegt, ist sie in den

zentralen Ruhrgebietsstädten wie Duisburg, Mülheim, Essen, Bochum und Dortmund weitaus höher; mit 8,7 Prozent ist von den aufgezählten Städten Mülheim die mit der geringsten Arbeitslosenquote und Duisburg mit 12,6 Prozent die mit der höchsten.

Schaut man sich die Lebensverhältnisse einmal genauer an, sieht man immense Unterschiede. Schaut man sich Essen als einer der größten Städte der Region an, sieht man schnell, dass die Klassengesellschaft auch eine räumliche Dimension hat. Das reiche Bredeney im Süden und das arme Katernberg im Norden verbindet nur eine Sache, das ist die Tramline 107. Die Unterschiede sind ansonsten sehr groß. Während in Bredeney die Arbeitslosenquote bei 2,3 Prozent liegt, ist sie in Katernberg bei 13,3 Prozent. Gleichzeitig leben im Norden von Essen verhältnismäßig viele Migranten. In Katernberg haben 24,1 Prozent keine deutsche Staatsbürgerschaft, in Bredeney sind es hingegen nur 8,6 Prozent. Dieses Ungleichgewicht ist das Ergebnis einer Praxis, die seit Bestehen der BRD existiert. Einwanderer aus anderen Ländern wurden in den nördlichen Stadtteilen angesiedelt. Die Einwanderungswellen dienten immer dazu, neue und billigere Arbeitskräfte aus den unterdrückten Nationen zu „importieren“. Diese Praxis ist jedoch nicht nur in Essen zu sehen, sondern in vielen Ruhrgebietsstädten. Ein weiteres Beispiel ist der Stadtteil Marxloh im Norden von Duisburg. Der Stadtteil ist vor allem von Einwanderern aus Westasien geprägt und gilt in der bürgerlichen Presse als Problembezirk. Die schlechten Verhältnisse in den Stadtteilen werden dann auch immer auf die eingewanderten Arbeiter geschoben, und so verschiedene Teile der Arbeiterklasse gegeneinander ausgespielt.

Aber auch jenseits der reinen Arbeitslosenzahlen ist das Leben im Norden schwerer. Wie die Rote Post in der Ausgabe 36 berichtete, gibt es seit Januar in der Nordhälfte der Stadt nur noch ein Krankenhaus. In der Südhälfte der Stadt hingegen existieren neun Klinikstandorte. Seit der Krankenhausschließung ist eine Frau aus Stoppenberg gestorben, weil sie nicht stationär behandelt werden konnte, da die Betten gefehlt haben und ihr es angeblich wieder besser ging.

Aber auch andere wichtige Institutionen wie Schulen sind ungleich verteilt. Während vier von fünf Hauptschulen nördlich der A40 liegen, liegen hingegen von 20 Gymnasien nur 8 in der Nordhälfte der Stadt. Dies sorgt auch für einen verstärkten

Lehrermangel im Norden. Stellen an Gymnasien werden besser entlohnt als an Haupt- oder Realschulen und sind daher begehrter. Dies führt jedoch auch dazu, dass oft Stellen an Schulen in Arbeitervierteln unbesetzt sind. Der Lehrermangel trägt deutlich zur Verschlechterung der Lernqualität bei.

Die aufgeworfenen Punkte sind für die Politiker keine Geheimnisse und werden auch von ihnen offen benannt, doch es werden keine Lösungen geliefert. Wegen der Schließung zweier Krankenhäuser im Essener Norden sollen sogenannte Gesundheitskioske geschaffen werden, in denen man sich beraten lassen kann und dann zu überlasteten Ärzten vermittelt wird. Für die Vernichtung hunderttausender Arbeitsplätze, für die man kaum Qualifizierungen benötigte und trotzdem vergleichsweise gut leben konnte, gibt es jetzt eine im Vergleich kleine IT-Branche für gut ausgebildetes Personal. Bei den Schließungen der Betriebe in den letzten Jahrzehnten, wie zum Beispiel der Opel-Werks in Bochum-Langendreer, und die damit einhergehende Vernichtung von Arbeitsplätzen, schauten die Politiker nur zu. Nicht nur das, bei der Schließung der letzten Zeche in Bottrop im Jahr 2019 veranstaltete die Politik eine „Abschiedsfeier“ für den Bergbau und feierten auf zynischer Art und Weise die Vernichtung von Arbeitsplätzen und damit einhergehend die Vernichtung der Lebensgrundlage eines Teils der Arbeiterklasse. Dass bei einem solchen Treiben ein Großteil der Leute kein Vertrauen in die bürgerliche Demokratie besitzt, ist kein Wunder. In manchen Gegenden des Ruhrgebiets liegt die Wahlbeteiligung bei unter 30 Prozent, wie zum Beispiel in Essen-Altendorf. Dazu kommt noch eine große Anzahl an Menschen, die aufgrund ihres Aufenthaltsstatus nicht wählen dürfen. Was bedeutet das? Der Staat und seine gewählte Regierung repräsentiert nicht die gesamte Bevölkerung, sondern nur eine Minderheit von wohlhabenden und reichen Bourgeois. Ein Großteil der Leute hat verstanden, dass Wahlen nichts bringen außer gutbezahlte Posten für bürgerliche Politiker, ein anderer Teil darf nicht wählen. Für das Volk gibt es an der Wahlurne nichts zu gewinnen. Aus diesen Grund ist es für uns unabdingbar, für unsere Interessen selbst einzustehen und zu kämpfen. Sei es eine funktionierende Gesundheitsversorgung, Arbeit oder angemessene Bildung für unsere Kinder. Doch diese Ziele erreichen wir nur dauerhaft in einem Staat, der der Arbeiterklasse, also der Mehrheit, dient und nicht die Interessen einer kleinen Minderheit durchsetzt. •

HAMBURGER KRANKENHAUS UMGEHT PERSONALSCHLÜSSEL



In den vergangenen Ausgaben der RoPo berichteten wir bereits, wie die Pandemie als Rechtfertigung einer weltweiten Wirtschaftskrise und den damit einhergehenden Maßnahmen, dem Ausnahmezustand, der viele demokratischen Rechte und Freiheiten einschränkt, benutzt wird. Die politische Handhabung der Wirtschaftskrise, welche man uns als reine „Corona-Krise“ verkaufen will, zeigt den wahren Charakter des deutschen Staates und wem er wirklich dient - einzig und allein der Bourgeoisie. Während dem Volk die hart erkämpften Grundrechte genommen werden und die kleinen Unternehmer und Selbständigen, vor allem im Einzelhandel und der Gastronomie, in die Insolvenz gedrängt werden, bekommen deutsche Monopole mal wieder Milliardenhilfen, von denen die Arbeiter selbstverständlich nichts haben, außer Kurzarbeit, Lohnsenkungen und Entlassungen.

Während der Hochzeit der Pandemie stand außerdem das Gesundheitssystem kurz vor dem Kollaps. Angeblich. Die Rote Post berichtete bereits über die miserablen Situation in den Krankenhäusern.

Während des sogenannten „Pflegetnotstands“ und einer hohen Anzahl Corona-Intensivpatienten wurde in den Krankenhäusern fleißig weitergespart. Vor allem am Personal. Es herrschte weiter Einstellungsstopp und das noch vorhandene Personal hatte nicht einmal ausreichend Schutzkleidung, um sich selbst nicht anzustecken. Die unterversorgten Patienten und überforderten Pflegekräfte durften diese Profitgier ausbaden.

Wie neue Erhebungen zeigen, ist die Anzahl der belegten Intensivbetten in durch den Bund mitfinanzierten Krankenhäusern womöglich gefälscht worden. Da drängt sich die Frage auf: Haben sich deutsche Krankenhäuser in der „Corona-Krise“ noch daran bereichert? Die Bundesregierung investierte während der Hochzeiten der Pandemie angeblich eine halbe Milliarde Euro, um zusätzliche Intensivbetten zu finanzieren. Diese Betten haben aber scheinbar gar nicht existiert. Entweder sie wurden nie geschaffen, oder wurden beantragt, ohne die entsprechenden Pflegekräfte dafür zu haben. Bürgerliche

Gesundheitsökonomen, die die Lage der deutschen Intensivstationen während der Pandemie untersuchten, stellten fest, dass Patienten während der Pandemie ohne Not auf die Intensivstation verlegt wurden. *„Es gibt sogar einzelne Tage, an denen offiziell mehr Patienten auf der Intensivstation lagen, als überhaupt hospitalisiert waren. Mit dem Satz „Wir laufen voll“ lässt sich das nicht in Einklang bringen.“*, sagte Gesundheitsökonom Schrappe der „WELT“ Mitte Mai 2021. Die Angst vor knappen Intensivkapazitäten oder Triage, die in der bürgerlichen Presse geschürt wurde, war also unbegründet. *„Auch auf dem Höhepunkt aller drei Wellen waren nie mehr als 25 Prozent der Intensivbetten mit Covid-Patienten belegt.“*, so Schrappe. Dass es in einigen Krankenhäusern Ballungen gegeben hätte, weil die Patienten nicht gleichmäßig verteilt wurden, sei auch bei der Untersuchung deutlich geworden. Klar ist auch, ein Intensivbett lässt sich wesentlich höher abrechnen als ein „Normal-Bett“. Mit der Fälschung von Statistiken kennen sich die Krankenhausbetreiber also aus.

Anstatt etwas an dem kaputtgesparten privatisierten Gesundheitssystem zu ändern, bleibt alles beim Alten. Nach wie vor können Unternehmer der Krankenhäuser sparen, bis der Arzt kommt, nach wie vor steht der Profit an erster Stelle. Dazu kommt: um der offensichtlichen Unterbesetzung der unterschiedlichsten Stationen in den Krankenhäusern Herr zu werden, hat der Staat 2019 ein Gesetz zum Personalschlüssel der Pflegekräfte verabschiedet. Dieses sieht bestimmte Mindestanzahlen an beschäftigten Pflegekräften pro Schicht in Abhängigkeit der Patientenzahlen vor. Diese Vorgaben unterscheiden sich je nach Pflegeintensität der medizinischen Teilbereiche, in der Intensivmedizin sind z.B. in der Tagesschicht zwei Patienten pro Pflegekraft und in der Nachtschicht drei Patienten pro Pflegekraft vorgesehen. Selbstverständlich sind diese *Personaluntergrenzen* schon von vornherein zu niedrig angesetzt und können keine adäquate Versorgung der Patienten, sowie annehmbare Arbeitsbedingungen garantieren. Werden diese Untergrenzen unterschritten, werden recht empfindliche Strafen für den Krankenhaus-Unternehmer fällig, 1500€ pro fehlender Pflegekraft pro Station und ab einer Dauer von sieben Tagen sogar 15.000€ pro Person und pro Station.

Um dies zu verhindern, haben sich ein paar findige Führungskräfte Hamburger Krankenhäuser Gedanken gemacht und sind zu dem Schluss gekommen, dass der Staat die Einhaltung eh nicht kontrollieren wird,

warum sollte er sich auch ins eigene Bein schießen, lieber hält man sich Augen und Ohren zu. Also kamen sie zu folgender „Lösung“, wie sie die Strafen der Unterschreitung der Personal-Untergrenze nicht zahlen müssen und gleichzeitig weiter Personal einsparen können: Laut unseren Informationen aus der Belegschaft werden die Dienstpläne auf Anweisung vom Vorgesetzten massiv gefälscht. Die Pflegekräfte werden auf ihren Dienstplänen einfach temporär von einer Station ohne Personaluntergrenze auf eine Station mit Personaluntergrenze verschoben. Die Pfleger werden allerdings nur auf dem PC versetzt, in der Realität arbeiten sie auf ihrer eigenen Station ohne Untergrenze einfach weiter. Sprich die Zahlen, die dokumentiert und archiviert werden, besagen, das alles mit dem Gesetz konform gehe, aber in der Praxis, bzw. auf Station sieht alles ganz anders aus. Unterbesetzung und mangelhafte Versorgung bei gleichzeitigem Einstellungsstopp.

Ein weiteres Symptom dieser konstanten Unterbesetzung und Unterversorgung hat sich darin manifestiert, dass immer wieder (lebens)notwendige Operationen während der Pandemie verschoben wurden, weil erstmal die Corona-Patienten behandelt werden müssten. Anstatt unbürokratisch das Personal aufzustocken, denn Intensivbetten sind, wie wir gesehen haben, mehr als genug vorhanden, werden Menschen, die auf eine Operation angewiesen sind, auf eine Warteliste gesetzt. In einem der reichsten imperialistischen Länder der Welt wurden im November 2020 allein im Universitäts-Klinikum Eppendorf mehr als 40 Operationen pro Tag verschoben. Eine tödliche Praxis, die bundesweit angewendet wurde, teilweise sogar noch im April 2021. Auf die Sterberaten von Patienten ohne Corona hat plötzlich niemand mehr geachtet, auf die Todesfälle durch oder mit Corona aber sehr wohl. Verlässliche Statistiken, wie viele Opfer dieses Praxis bisher gefordert hat, gibt es leider nicht, aber wir können uns sicher sein, dass der Höhepunkt der Auswirkungen dessen noch nicht erreicht ist. Diesen massiven Rückstand wieder aufzuholen, würde selbst bei mehr Personal Monate dauern, was für viele Krebspatienten zum Beispiel bereits zu spät sein kann.

Die Herrschenden werden weiter mit unserer Gesundheit schachern, solange der Profit an erster Stelle steht, solange sich die Angestellten in den großen Krankenhäusern nicht dagegen auflehnen, dass sie und die Patienten, die sie behandeln, auf laufenden Band betrogen und ausgenutzt werden. •

DIE MÄRCHEN VON HEUTE

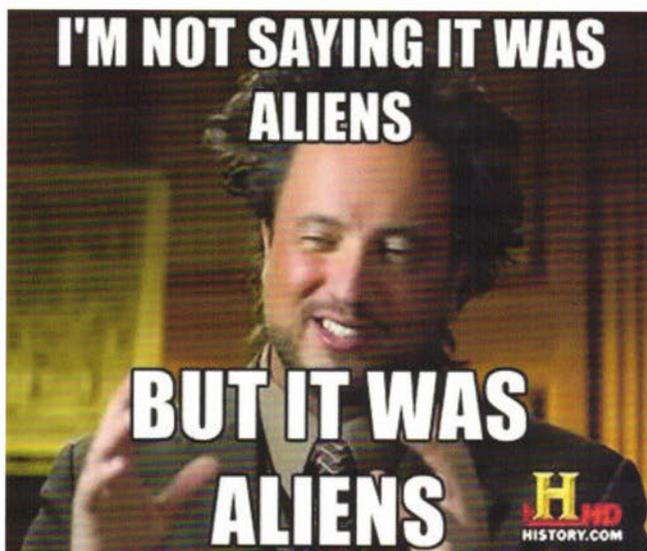
Man redet uns oft ein, dass wir in Deutschland immer wissenschaftlich belegte Informationen erhalten, ehrlich und sachlich präsentiert. Trump und Erdogan hier, Lukaschenko und Kim Jung-un da – bei all den „verrückten Clowns“ sollten wir alle froh sein, in einem Land wie Deutschland leben zu können, mit seiner immer sachlichen Mutti, dem „unabhängigen“ öffentlichen Staatsrundfunk und vielem mehr. Und weil Deutschland ein so vermeintlich aufgeklärtes Land ist, wird sich gerne über Leute lustig gemacht, die diesen Informationen wenig Glauben schenken wollen und andere Theorien haben – „Alu-Hüte“ ist hier nur ein Stichwort. Aber solche Ideen werden selten von den Menschen selbst erfunden, sie werden uns Tag für Tag serviert und die, die sie uns auftischen, werden bei den ganzen Diskussionen darum nie zur Rechenschaft gezogen. Warum? Weil diese Ideen nützlich sind, sie sollen uns von unseren eigentlichen Problemen ablenken, damit wir nicht auf die Idee kommen, die wirklich Schuldigen für unsere Misere anzuklagen und die herrschende Ordnung in Frage zu stellen und zu bekämpfen. Eine wichtige Rolle spielen dabei die Verschwörungstheorien, die nicht etwa von „Verwirrten“ auf Chemtrails-Demos erfunden, sondern von der Bourgeoisie auf allen ihren Kanälen verbreitet werden.

Zum Beispiel gibt es im Fernsehen ganze Programme, die es nur zur Aufgabe haben, solche Ideen unter das Volk zu bringen. Ein Sender, der sich vollkommen darauf spezialisiert hat, ist „Kabel eins Doku“. Rund um die Uhr bekommt man hier alles geliefert, was man sich selbst nicht ausdenken kann; alles unter dem Titel „Dokumentation“. Das Programm von Kabel eins Doku ist streng durchgetaktet, und Dienstag ist Alien-Tag. Genauer gesagt „Weltall, Aliens und Unerklärliche Phänomene“. Eine Fülle an unwissenschaftlichen Informationen, in deren Produktion Millionengelder gesteckt werden, damit es formell wie eine glaubwürdige Reportage rüberkommt. Ein Großteil der ausgestrahlten Sendungen wurde in den USA produziert und ist damit der Quelle zu solchen Verschwörungstheorien am nächsten. So wie die Serie „Ancient Aliens“, die auf dem Sender am Dienstag hoch- und runterläuft. Oft geht es dort um Ufos, die irgendwo auf der Erde gesichtet worden oder dort gelandet sein sollen. Das meistens in irgendwelchen Wüsten, in denen noch nie jemand war, in Militärsperzonen wie der Area 51 in Nevada, oder

natürlich zufällig direkt über dem White House in Washington. Meistens wird versucht, dem ganzen mehr Glaubwürdigkeit beizufügen, in dem man „heldenhafte“ US-amerikanische Astronauten dazu reden lässt, was sie von den Aliens halten. Und auch ein Interview mit einem Wissenschaftler ist stets dabei, dessen Aussagen in der Regel so zurecht gedreht werden, dass auch er die Existenz von Aliens befürwortet. Die gezeigten Bilder sind teils Animationen, teils Aufzeichnungen von den banalsten natürlichen Vorgängen. Verbunden mit politischen Themen wie dem deutschen Faschismus, werden diese Geschichten zu ideologischem Gift. Und am Ende gibt es selbstverständlich Menschen, die glauben, dass es einen Zusammenhang zwischen der NASA, den Nazis und Aliens gibt und dass diese Verbindungen Einfluss auf die Entwicklung der Geschichte hatten – d.h. auf die Entwicklung des Klassenkampfes. Die Serien scheinen gewissen Erfolg zu haben, und an Ideen scheint es den Machern auch nicht zu mangeln; „Ancient Aliens“ ist bereits bei seiner 16. Staffel.

Wenn es auf Kabel eins Doku zu Mythen kommt, bekommt man etwas über die „Schatzsucher von Oak Island“ oder die „geheime Welt der Templer“ zu sehen. Bei dieser Art von Serien geht es um Völker, Sekten, Märchengestalten etc. aus der entferntesten Vergangenheit, die in Märchen und Sagen eine Rolle spielen. Aus Fiktion wird vermeintliche Realität gemacht, die

„Ich sage nicht, dass es sich um Aliens gehandelt hat. Aber es waren Aliens!“



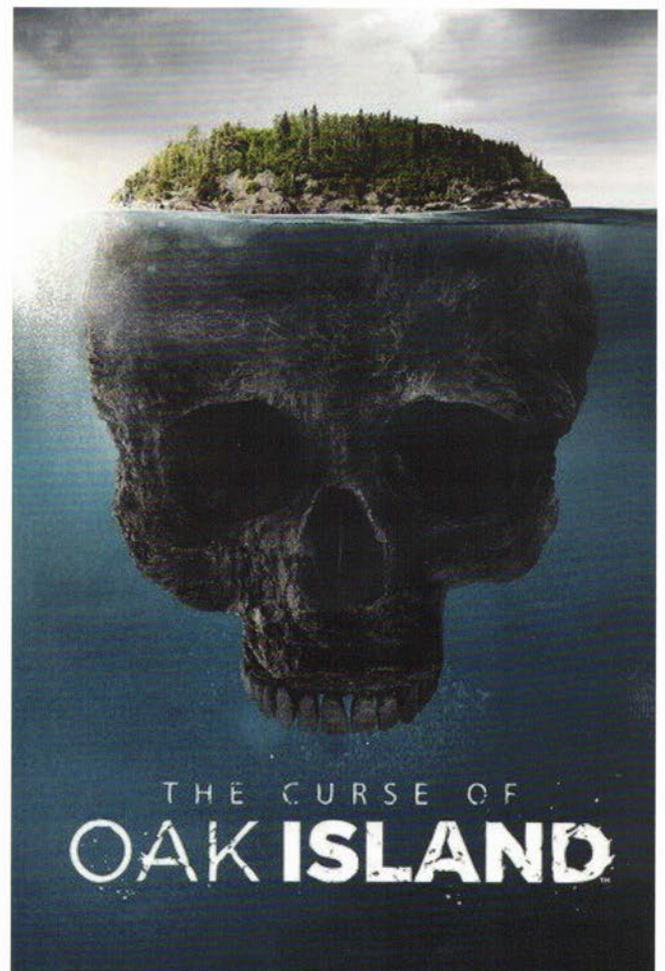
„Dokumentationen“ zeigen wieder Forscher am Werk auf der Suche nach besonderen Schätzen, verborgenen Bauwerken usw. Alles nichts weiter als simple Inszenierung. Neben den alten Mythen gibt es auch die „Urban Myths“ über angebliche Phänomene von heute, die im Gegensatz zu den anderen Mythen nicht so viel mit der Sklavenhalter- und der Feudalgesellschaft zu tun haben. Eine ganz populäre ist der Großstadtmythos über das Krokodil aus dem Abwassersystem. Bekannt, weil er unter anderem in Kinderbüchern verbreitet wird. Über „AIDS-Spritzen“, die einen mit HIV infizieren, die „Selbstentzündung“ des menschlichen Körpers ohne Feuer oder ein schwarzes „Organtaxi“ in Polen, das nach Sonnenuntergang Kinder entführt – die „urbanen Mythen“ finden nur Verbreitung, weil die Bourgeoisie sie immer wieder aufgreift und serviert. Und ganz allgemein: Die Zeiten, in denen Filme über Verschwörungstheorien ein Randphänomen auf YouTube waren (wie z.B. 2001 nach den Anschlägen auf das World Trade Center), sind längst vorbei; heute gibt es davon ganze Serienproduktionen auf einigen der größten Sender.

Ein weitere Serie: „Einfach überirdisch!“. Wie der Name schon sagt, geht es auch da nicht nur um Außerirdische, sondern auch alles mögliche, was nicht der Realität entspricht, wie z.B. die Übertragung der Persönlichkeit durch eine Herztransplantation. Kurz gesagt, noch mehr Lügengeschichten. Und die strahlt übrigens nicht nur Kabel eins Doku aus, sondern mit „zdf neo“ auch der hochangepriesene öffentliche Staatsrundfunk. Ähnliches gilt auch für „phoenix“ und weitere „seriöse“ Kanäle der ARD und ZDF. Hinter dem, was da gesendet wird, steht und entscheidet ein Aufsichtsgremium – der Rundfunk- bzw. Fernsehrat. Der Großteil der Leute dort ist in bürgerlichen Parteien organisiert als z.B. Minister oder Staatsräte, Geschäftsführer von Verbänden etc., also Vertreter der herrschenden Klasse. Genauso bei den Privatsendern – kabel eins gehört der ProSiebenSat.1 Media SE, deren Aufsichtsratsvorsitzender Werner Brandt diese Stellung auch noch bei RWE, Siemens, der Lufthansa und anderen hatte oder noch hat. Was uns da im Fernsehen als angebliche Wissenschaft unterbreitet wird, geschieht also auf Anordnung und unter Führung der Herrschenden. Das ist wiederum *keine Verschwörungstheorie*, sondern die Realität und Ausdruck des Klassenkampfes.

Insgesamt sehen wir in Deutschland eine steigende Verbreitung von Theorien über etwas „Höheres“, das wir wissenschaftlich nicht erklären können. Moderne Märchen sind das, die uns aber für wahr verkauft werden. Obskurantismus nennt man das. Dies alles soll

Verwirrung stiften; das ist Ziel der Bourgeoisie, denn die Leute haben ihr Leben in diesem Land satt und suchen nach Gründen für das Übel und nach Lösungen. Da z.B. die Kirche mit einem Missbrauchsfall nach dem anderen und ihrer altmodischen Art immer mehr Anhänger verliert, muss es neue Wege geben, den Leuten weiterhin einzutrichern, die Realität sei durch das bestimmt, was im eigenen Kopf vorgeht. Es ist immer ein Mittel der Herrschenden, die Wahrheit auf den Kopf zu drehen, damit wir die Verhältnisse, die unsere Ausbeutung und Unterdrückung bedingen, nicht erkennen. Die Sachen werden immer bizarrer, weil dieses System am Zerfallen ist und das Vertrauen darin von immer weiter her geholt werden muss. Ungeblendet von der bürgerlichen Ideologie hat die Arbeiterklasse aber ihre eigene Weltanschauung entwickelt, als Teil ihrer Ideologie, dem Marxismus. Mit der Revolution werden sich die richtigen Ideen gegen all den alten Dreck durchsetzen, und es wird keine Ausbeuter mehr geben, die es nötig haben, dem Volk etwas über Aliens, Tempelritter und dergleichen unterbreiten, um sich selbst an der Macht zu halten. •

*Alles nur „wissenschaftliche Dokumentationen“:
Plakat zur Oak Island-Fernsehserie*



WWW.DEMVOLKEDIENEN.ORG

Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

TERMINE IM JULI

BREMEN

Café Rebellion
BDP-Haus (Am Hulsberg 136)
Jeden Mittwoch
ab 17 Uhr

FREIBURG

Café Popular
Linkes Zentrum jadelante!
1. und 3. Sonntag im Monat
ab 13 Uhr

DAS TITELBILD

Demonstration von Revolutionären in Mexiko-Stadt in Gedenken an die „Nacht von Iguala“ von vor knapp sieben Jahren, in der der Staat Entführungen und ein Massaker an dutzenden Studenten einer Hochschule beging; 26. Mai 2021

**ROTE
POST** 